

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 22 (1995)
Heft: 5

Artikel: Drei Generationen im Gespräch über die Zukunft der helvetischen Politik : "Die Schweiz revitalisieren"
Autor: Lenzin, René / Tschanz, Pierre-André / Chevallaz, Georges-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909710>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Mit Georges-André Chevallaz, Cornelia Diethelm und Iwan Rickenbacher (von links) unterhielten sich René Lenzin und Pierre-André Tschanz. (Fotos: Michael Stahl)

Drei Generationen im Gespräch über die Zukunft der helvetischen Politik

«Die Schweiz revitalisieren»

Wie wird das im Oktober zu wählende Parlament die Herausforderungen der Zukunft meistern? Ist das politische System der Schweiz nach 150 Jahren reformbedürftig? Wie steht es um den nationalen Zusammenhalt? Ein Gespräch mit Georges-André Chevallaz, Iwan Rickenbacher und Cornelia Diethelm.

Schweizer Revue: Das Parlament, das in diesem Herbst gewählt wird, wird uns an die Grenze zum nächsten Jahrtausend führen. Innen- und aussenpolitisch stehen grosse Aufgaben an. Wird es diese Aufgaben meistern können?

Georges-André Chevallaz: Darauf kann ich nur antworten, dass ich kein Hellseher bin und es mir absolut unmöglich ist vorzusehen, ob das im Oktober zu wählende Parlament diese Aufgabe meistern kann. Ohne Zweifel eine äusserst schwierige Aufgabe. Wir leben in einem Zeitalter tiefgreifender Umwälzungen. Wir wissen nicht, wohin wir gehen, aber wir bewegen uns schnell darauf zu und sind dabei nicht Herr über diese kolossale Maschinerie aus Technik, Wissenschaft und Industrie, die sich ständig weiterentwickelt, ohne einer politischen Kontrolle zu unterliegen.

Iwan Rickenbacher: Die Menschheit steht vor Herausforderungen, die sie nicht im Rückgriff auf frühere Muster, auf frühere Verhaltensweisen lösen kann. So müssen sich auch das Parlament, die Politik, die Regierungen bezüglich ihrer Zuständigkeit, bezüglich ihrer Gestaltungsmöglichkeit neu orientieren.

Cornelia Diethelm: Ich teile die eher pessimistischen Aussichten, aber ich frage mich: war es einmal besser? Es ist ja immer verhältnismässig; wir sind in

einer komplizierteren Welt, aber wir haben auch ein höheres Bildungsniveau, wir haben bessere internationale Kontakte. Ich glaube, es wird nie ein Parlament geben, dass die Probleme wirklich lösen kann, weil es in der Politik immer schon Probleme gegeben hat. Aber für die Zukunft finde ich es etwas schwierig, wenn man eine gemischte Zusammensetzung der Regierung hat. Ich glaube, der Konsens ist auch hinderlich,

und unser System ist wegen der Konkordanz halt wirklich ein bisschen träge.

Rickenbacher: Ich bin nicht pessimistisch, sondern gehe davon aus, dass die echten Probleme Lösungen finden müssen. Es wird nur nicht so sein, dass alle echten Probleme im Parlament und in der Regierung gelöst werden, sondern sie werden unter Umständen in anderen Kompetenzzentren gelöst werden.

Frau Diethelm, Sie haben unsere politischen Institutionen angesprochen, die in drei Jahren 150 Jahre alt sein werden. Welche Änderungen, welche Reformen brauchen unsere Institutionen, damit wenigstens auf politischer Ebene besser auf die erwähnten grossen Herausforderungen reagiert werden kann?

Diethelm: Ich würde einmal die Volksrechte ausbauen und zum Beispiel die Gesetzesinitiative einführen. Dann bin ich gegen die Konkordanz-Regierung. Ich bin nicht so sehr für die Harmonie, sondern für eine klare Richtung. Ich möchte sagen können: Jetzt bin ich in der Minderheit, oder jetzt bin ich in der Mehrheit. Zudem finde ich, dass Politik nicht nur im Parlament und in der Wirtschaft gemacht werden sollte, sondern dass man sich wirklich Mühe geben sollte, dem einfachen Bürger politisches Bewusstsein zu geben. Heute sind es eine kleine Elite und ein paar Idealisten, die immer wählen gehen.

Chevallaz: Ich vertrete hier eine diametral entgegengesetzte Meinung. Ich glaube nicht, dass Verbesserungen eintreten, wenn man sich verstärkt auf die breiten Bevölkerungskreise ausrichtet und von jedem einzelnen Wahlberechtigten verlangt, über alle Sachfragen im Bilde zu sein – vielmehr schaffen Sie

Die Gesprächsteilnehmer

Georges-André Chevallaz (80) war von 1958–1973 Stadtpräsident von Lausanne, von 1959–1973 Nationalrat und wurde 1973 in den Bundesrat gewählt, wo er bis 1979 dem Finanz- und bis 1983 dem Militärdepartement vorstand. Mitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei.

Iwan Rickenbacher (52) war von 1988–1992 Generalsekretär der Christlichdemokratischen Partei. Seit 1992 ist er Direktor und Partner bei der PR-Agentur Jäggi Communications in Bern; an der Universität Bern hat er zudem einen Lehrauftrag für politische Kommunikation.

Cornelia Diethelm (23) ist bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) für die Organisation der Jugendsession zuständig. 1991 hatte sie selber an der Jugendsession teilgenommen. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

dadurch Verwirrung. Denn nicht alle Menschen wurden vom Herrgott mit denselben Fähigkeiten gesegnet. Sie haben angeführt, dass die heutige Jugend besser ausgebildet ist. Ich persönlich bin dagegen der Meinung, dass sie eher schlechter ausgebildet ist. An den Universitäten sehe ich heute keine Generalisten mehr, wie wir sie zu unseren Zeiten noch gekannt haben – Generalisten, die zum Beispiel in der Lage waren, Geschichte vom Ursprung der Welt bis heute zu lehren. Was heute fehlt, ist eine breite Allgemeinbildung, und ich empfinde dies als sehr alarmierend.

Aber bezüglich der Notwendigkeit einer Reform der Institutionen gehen Sie mit Frau Diethelm einig?

Chevallaz: Ich bin ein Verfechter einer sehr strikten Gewaltentrennung. Mir schwebt eine Regierung vor, die über wirkliche Autorität verfügt und einen richtungsweisenden Einfluss auf Parlament und Bevölkerung sowie auf den politischen Kurs ausübt. Ich ziehe eine Konkordanzregierung einer Einpartei-Regierung vor. Wir Schweizer sind sehr unterschiedliche Leute, und wir müssen es verstehen, miteinander auszukommen. Im übrigen ist Konkordanz nicht mit Tatenlosigkeit gleichzusetzen. Mit der Konkordanzpolitik haben wir viele grosse Herausforderungen bewältigt.

Rickenbacher: Ich glaube, die Ständeräte Gilles Petitpierre und René Rhinow haben mit ihren Vorstössen bezüglich Parlaments- und Regierungsreform schon institutionelle Notwendigkeiten aufgezeigt. Dazu müsste man noch die Verwaltungsreform miteinbeziehen, die sicher in Teilen anzugehen ist. Es stellt sich auch die Frage, wie der Bundesrat als Kollegium von bestimmten Geschäften entlastet werden kann, also die Frage der Notwendigkeit von Staatssekretären. Die Diskussion um die Aufgabenteilung Bund und Kantone ist steckengeblieben. Zum politischen Bewusstsein: Ich glaube, die Menschen haben ein relativ hohes politisches Bewusstsein in Sachabstimmungen. In unserem Land nehmen sie die Wahlen nicht so ernst, weil sie wissen, dass sie sich über das Referendum immer wieder einmischen können. Das ist schade, denn wenn die Wahlen nicht mehr ernst genommen werden, werden keine guten Frauen und Männer mehr gewählt.

Kommen wir auf einen Punkt zurück, den Frau Diethelm angesprochen hat: Einerseits die Volksrechte aus-

bauen, andererseits von der Konkordanz- zur Konkurrenz-Demokratie wechseln. Kann eine Konkurrenz-Demokratie funktionstüchtig sein mit ausgeprägten Volksrechten?

Rickenbacher: Alle, die sagen, man soll die Konkordanzpolitik auf Bundesebene nun ablösen, müssen sich fragen, wie eine Mehrheitsregierung auf Bundesebene mit den Regierungen der Kantone oder grösseren Städte funktioniert, die ihrerseits wieder Konkordanzregierungen sind. Das würde zu wirklich schwierigen Situationen führen. In unserem System der institutionellen Unsicherheit – wir sind das einzige Land der Welt, das seine Verfassung viermal im Jahr ändern kann! – übt die Kontinuität der Regierung auch dank der Konkordanz ein gewisses Gegengewicht aus, das die Zufälligkeiten, die durch die Referendumsdemokratie entstehen können, ein wenig ausbalanciert.

Diethelm: Ich bin für die Abschaffung der Konkordanz bis in die Gemeinden hinunter. Ich sehe einfach mehr Nachteile, wenn die Minderheit Entscheide mitträgt und deshalb keine Opposition mehr gespürt wird.

Rickenbacher: Aber eine gut organisierte Gruppe kann ja heute auf Gemeindeebene sogar ohne grosse Geldmittel Opposition betreiben.

Diethelm: Ja, aber sobald man eine Gemeinderätin hat, erstickt die Opposition, weil man der eigenen Gemeinderätin nicht in den Rücken fallen kann.

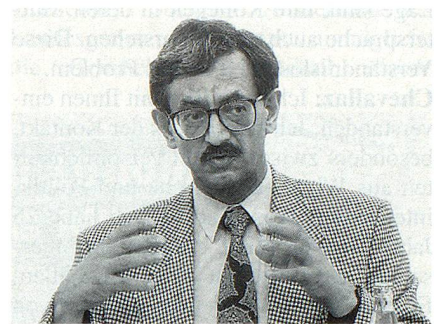
Rickenbacher: Aber dann bildet sich eine Interessenbewegung im Quartier oder im Stadtteil, und dann spielt das Volk die Opposition.



Cornelia Diethelm: «Ich bin nicht so sehr für die Harmonie, sondern für eine klare Richtung. Ich möchte sagen können: Jetzt bin ich in der Minderheit, oder jetzt bin ich in der Mehrheit.»

Chevallaz: Die Angst vor einem Referendum ist meiner Meinung nach Triebfeder für umsichtige Entscheide; sie hält die Regierungen auf einer gewissen Li-

nie. Diese können es sich nicht leisten, einseitig zu regieren, sondern müssen auch den Widerstand der Opposition mitberücksichtigen, die es auf eine Volksabstimmung ankommen lassen könnte. Die Exekutive muss ein Team bilden, das genügend vielfältig zusammengesetzt ist, um ebendiese Konkordanz zu garantieren. Die einen sollen von den andern lernen. Ich kann Ihnen versichern: man lernt wirklich hinzu. Ich bin froh, gemeinsam mit Christdemokraten und Sozialdemokraten regiert und nicht nur mit Freisinnigen zu tun gehabt zu haben. Und was das System der wechselnden Regierungen und Mehrheiten angeht, wie es etwa in



Iwan Rickenbacher: «Wenn die Wahlen nicht mehr ernst genommen werden, werden keine guten Frauen und Männer mehr gewählt.»

Frankreich und England praktiziert wird: Das Beispiel dieser beiden Länder genügt mir als Abschreckung.

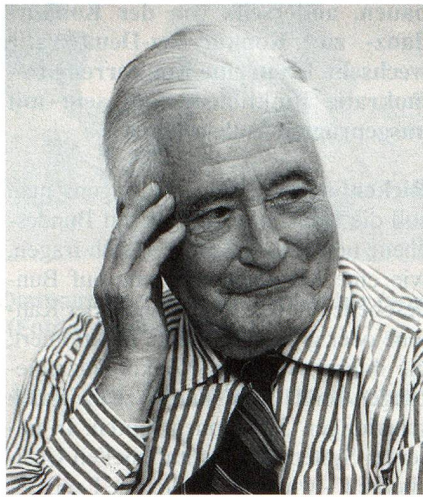
Wir leben in einem Jahrzehnt der Jubel- und Gedenkfeiern, der grossen Jahrestage. Sie bieten immer auch die Möglichkeit, sich gewisse Fragen zu unserem Land zu stellen. Zum Beispiel zur heutigen Befindlichkeit, zum Weg, der dahin geführt hat, und zur Zukunft. Glauben Sie nicht, dass die Nation in diesen Fragen gespalten und dadurch ihr Zusammenhalt bedroht ist?

Chevallaz: Ich sehe das nicht so dramatisch, denn an den berüchtigten «Röstigraben» glaube ich nicht so recht. Wir besitzen zu viele Beziehungen zu unseren Deutschschweizer Landsleuten, etwa via die Parteien oder Kirchen. Das «Schwizerdütsch» kann sich zwar als Barriere erweisen, aber ich glaube, wir sind derart eng verwandt, dass eine Gefährdung des Zusammenhalts kein Thema ist. Der Graben wurde von gewissen Medien künstlich erzeugt, das muss gesagt sein. Eine in den letzten Jahren in

der Westschweiz aufgekommene Anti-Deutschweizer-Haltung ist ein Produkt der Medien und von einigen streitlustigen Politikern.

Rickenbacher: Ich glaube, es gibt schon Unterschiede in der Mentalität, Unterschiede in der Sichtweise gegenüber bestimmten grundlegenden Fragen. Wichtig wären Instrumente, dass diese unterschiedlichen Betrachtungsweisen eben bekannt würden, und da stelle ich fest, dass die Ignoranz gegenseitig wächst - für mich ist das viel gefährlicher als der Graben: Man nimmt voneinander kaum mehr Kenntnis. Das geht bis zu den Beziehungen im Parlament, wo es zuviele Leute beider grössten Landessprachen gibt, die nicht in der Lage sind, ihre Kollegen in deren Muttersprache auch nur zu verstehen. Diese Verständnislosigkeit ist das Problem.

Chevallaz: Ich bin völlig mit Ihnen einverstanden. Ich finde, dass der Kontakt, besonders zwischen den Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kirche und Politik, intensiviert werden sollte. Ich habe 25 Jahre Bundespolitik erlebt. Ein Unterschied zu heute ist mir aufgefallen: Früher wurden wir bei der Ankunft von unseren Deutschweizer Parteikollegen begrüsst, und wir schlossen sofort Freundschaften. Ich glaube, dies ist heute anders. Wenn man heute gemeinsam essen geht, sitzen in einer Ecke die Ro-



Georges-André Chevallaz: «Wir Schweizer sind sehr unterschiedliche Leute, und wir müssen es verstehen, miteinander auszukommen.»

mands und in einer andern die Deutschschweizer.

Diethelm: Zum Teil hat es eine gewisse Logik, weil es anstrengend ist, in der anderen Sprache zu reden. Ich glaube auch nicht, dass wir einen richtigen «Röstigraben» haben. Wenn sich zwei Leute wirklich etwas zu sagen haben oder wenn es wichtig ist, dann funktioniert es schon. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist übrigens ein gutes Bei-

spiel, um sich auf die multikulturelle Gesellschaft der Zukunft vorzubereiten.

Äussern Sie zum Schluss einen persönlichen Wunsch an das Parlament, das im Herbst gewählt wird.

Chevallaz: Dass es sich auf seine Aufgaben beschränkt und diese auch wahrnimmt. Und dass es sich nicht in den Kompetenzbereich der Exekutive mischt. In den letzten Jahren hat es nämlich ein systematisches und konstantes Einmischen der Parlamente in die Geschäfte des Bundesrates gegeben. Die Möglichkeiten der Exekutive wurden beschränkt und ihre Autorität und ihr Ansehen geschwächt.

Diethelm: Ich wünsche mir ein Parlament, das sich sehr gut informiert über das, was es zu diskutieren hat, das uns näher an die europäische Integration bringt und das im ökologischen und sozialen Bereich Schwergewichte legt.

Rickenbacher: Ich hoffe, dass das neue Parlament die grossen Herausforderungen nicht nur als Gefahr, die man abwehren muss, sondern auch als Chance betrachtet. Chance, diese Schweiz und ihre Institutionen zu revitalisieren, und die Werte, die unser Land wirklich gelebt hat, wieder in Erinnerung zu rufen und zu reaktivieren.

Gesprächsleitung: René Lenzin und Pierre-André Tschanz

INSERAT

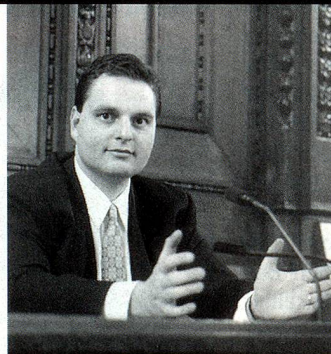
Nationalratswahlen '95 – Kanton Basel-Stadt

Urs Gribi in den Nationalrat



Wer er ist

- Jahrgang 1966
- eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder
- Mitinhaber der Gribi Immobilien-Unternehmen, Basel
- verheiratet mit Patricia Gribi
- Grossrat FDP, Kanton BS
- Mitglied Finanzkommission
- Vizepräs. des SVIT beider Basel
- Präsident «spectrum 2000»



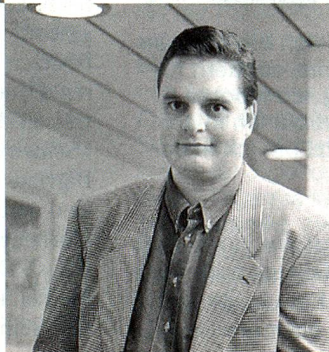
Seine politische Leitlinie

Klare Ziele sowie massvolle richtungslenkende Rahmenbedingungen.
Anstatt laufend neue Gesetze zu produzieren, mehr Kontrolle.
Die Schweiz gehört zu Europa: darum EU-Beitritt!
Steuern, Gebühren und Abgaben: So wenig wie möglich – nur so viel wie unbedingt nötig!

Was er will

Eine konkurrenzfähige Wirtschaft ist die Grundlage, damit das Staatswesen seine Aufgaben in allen Bereichen erfüllen kann. Darum:

- Abbau der wirtschaftshemmenden Gesetzesflut in Basel und im Bund
- Übertragung von Staatsleistungen an die Privatwirtschaft, die von ihr erfüllt werden können.



Ihre Stimme hat Gewicht

**Urs Gribi
in den Nationalrat**

**2 x
auf Ihre Liste**



**Urs Gribi kandidiert auf Liste 1 der Basler FDP
und in den Ständerat für Basel Thomas Staehelin**